

1906.
 8-68 Bl.
 7-8 Bl.
 25 Bl.
 7-12 Bl.
 20-25 Bl.
 28-38 Bl.
 1906
 esden.
 58, 8, 53
 02, 8, 32,
 en: Bot-
 7f, 5, 51,
 ren keine
 verfehlten
 Soche von
 9
 strevier.
 vorm.
 scheite, 601
 im Revier.
 vorm.
 e u. Rollen.
 vorm.
 w. Brenn-
 213 Km.
 Stöcher und
 vorm.
 3 f. und si.
 Aufbereitet
 Bürkchen und
 . Die Ver-
 und gegen
 gershain.
 1
 se
 3.-
 Mh. 1.-
 Eule.
 iere
 ung von
 & Eule.
 tigen hat es
 2 Uhr unser
 hen
 a
 ie Ewigkeit
 ktober 1906.
 Eltern:
 u. Frau.

Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.



Bezugspreis:
Zwei ins Haus durch Postträger
Mr. 1.20 vierteljährlich.
Zwei ins Haus durch die Post
Mr. 1.30 vierteljährlich.

Mit einer vierseitigen
Illustrierten Sonntagsbeilage.

Verlag und Druck:
Günz & Eule, Naunhof.
Redaktion:
Robert Günz, Naunhof.

Aufklärungen:
Für Inseraten der Umhauptmannschaft Grimma 10 Pf., die fünfzehn Zeile, an erster Stelle und für Ausdrücke 12 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittag 11 Uhr am Tage des Erscheinen.

Nr. 124.

Sonntag, den 14. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In der gestrigen 21. diesjährigen Sitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Das Gesuch des Herrn Möbius um Anbau einer Veranda an sein Grundstück an der Schloßstraße Nummer 148 C wird bedingungslos befürwortet.

Die Entscheidung über das Gesuch des Herrn Götzl um Neubau eines Wohnhauses an der Göthestraße soll der Königl. Amtsausschiffshaft überlassen werden.

Das Gesuch des Herrn Rebel um Neubau eines Wohnhauses mit Hintergebäude am Markt wurde bedingungsweise befürwortet.

2. Von einer Einladung des Königl. Sächs. Militärvereins Kameradschaft zu seiner Stiftungsfeier nahm man Kenntnis.

3. Die genehmigte Feuerlöschordnung soll in Druck gegeben werden.

4. Von der Verpachtung der ehemals Trommlischen Felder nahm man Kenntnis.

Das eine noch freie Feld soll verpachtet werden.

5. Die Entschließung über die etwaige Uebernahme ganz oder teilweise bebauter Gemeinschaftswege vertragte man.

6. Auf ein neueres Gesuch wurde beschlossen, Herrn Söllner für seine Badezwecke das Wasser aus der südlichen Leitung unentgeltlich zu liefern, wenn die Stadt Leipzig die gleiche Menge der Stadt Naunhof kostenlos überlässt.

7. Verschiedene Beschlüsse des Bauausschusses wurde zugestimmt.

Hier nach war man mit der Beschaffung von Steinen zur Straßenausbesserung, der Verzierung einer Latern an der Nordstraße, der Herstellung eines Fußweges vor einem Grundstück an der Schloßstraße und der Ausbesserung des Fußweges an der Großsteinberger Straße einverstanden. Über Straßendäume sollen Preise eingefordert werden. Die Anstellung eines Straßenwärters hat zur Ausschreibung zu kommen.

Hierauf folgte geheime Sitzung.

Der Stadtgemeinderat.
Willer.

Pflichtfeuerwehr.

Sonntag, den 14. Oktober, früh 7 Uhr:
Übung sämtl. Züge.

Ungenügend entschuldigte Verhümmnis wird bestraft.

Versteigerung.

Mittwoch, den 17. Oktober 1906, mittags 1 Uhr, sollen in Naunhof im Rathause

1 Herrschaftsrechtlich, 3 Sosa, 3 Tische u. 1 Fahrrad

gegen sofortige Baarzahlung an den Weistbietenden versteigert werden.

Naunhof, am 13. Oktober 1906.

Der Verwaltungs-Bürokrat
Schröter.

Die Gemeinde-Sparkasse zu Borsdorf

ist an allen Werktagen von 8-1 Uhr und von 3-5 Uhr geöffnet und verzinst Einlagen mit 3 1/2 %.

Geschäftslokal: Gemeindeamt, Bahnhofstraße Nr. 15.

Erfurte

Gedanken und Erinnerungen.

Am 10. Oktober waren es 100 Jahre, daß Prinz Louis Ferdinand von Preußen bei Saalburg fiel. Am kommenden Sonntag, den 14. Oktober, werden es 100 Jahre, daß in der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt in Thüringen Napoleon I. und sein Marschall Davout die preußischen Armeen unter dem Fürsten Hohenlohe, einem Vorfahren des 3. Königs im Bismarckischen Reich, und dem Herzog von Braunschweig entscheidend schlugen und jene Katastrophe herbeiführten, die als der „Zusammenbruch Preußens“ bezeichnet wird. Die Schlacht bei Jena steht im Vordergrunde dieses militärischen Dramas, weil dort Napoleon selbst gegen den Fürsten Hohenlohe befehligte, während die preußische Hauptarmee unter dem während des Tressens tödlich verwundeten Herzog von Braunschweig, bei der sich auch König Friedrich Wilhelm III. von Preußen befand, von dem schon vorher erwähnten Marschall Davout geschlagen wurde. Es war keine Völker Schlacht, dieses Doppeltreffen, von dem weder Preußen noch Franzosen am Schlachttage selbst etwas wußten. Insgesamt standen auf jeder Seite kaum 100000 Mann wirklich im Feuer, auf beiden Seiten hatte man sich tapfer geschlagen und der Rückzug der Preußen und der mit ihnen

verbündeten Sachsen setzte erst später in regellose Flucht aus, aber die Folgen von Jena und Auerstädt gaben diesem Ereignis ihre Bedeutung: Armee und Staat brachen in Preußen zu gleicher Zeit zusammen; die verlorenen Schlachten bildeten den Ausgangspunkt des Staats- und Volks-Dramas, das seinen Ursprung in alten und überlebten Formen hatte, die nun mit einem Mal verschwunden mussten. Der Inhalt war gut; ohnedem hätte nicht schon sieben Jahre später der siegreiche Freiheitskrieg ausgefochten werden können, der den Sieger von Jena stützte. Darum ist Jena, das Napoleon die volle Gewalt über Deutschland gab, für immer eine ernste Lehre; ohne diesen Tag hätte sich keine neue und zwingende Entwicklung aufgebaut im deutschen Vaterland.

Über die Ursachen der schweren Niederlage von Jena ist viel gestritten worden; es ist festgestellt worden, alles sei in der preußischen Armee zerstört gewesen, nichts habe mehr getaugt. Zutreffend ist, daß vor dem mit vieler Unschlüssigkeit und mangelnder Taktik begonnenen Feldzuge in den Kreisen der preußischen Offiziere, denen der glänzende Sieg des großen Friedrich über die Franzosen bei Roßbach im siebenjährigen Kriege vor Augen schwante, sich viel Übermut zeigte, man den Sieg über Napoleon und seine kriegergewohnten

Regimenter als ganz selbstverständlich erachtete. Aber so dachten doch bei weitem nicht alle, und die glänzendsten Namen aus den Freiheitskriegen: Blücher, York, Gneisenau, Bülow und viele andere, finden sich auch schon im Kriege von 1806. Und hätte damals alles nichts getaugt, so hätte nicht 1813 der Freiheitskrieg siegreich ausgefochten werden können; in so ferner Zeit ist nicht alles und jedes erneuert. Das vorhandene gute Material mußte nur recht verwendet werden!

Kein geringerer als Napoleon selbst hat es ausgesprochen, weshalb die Schlacht von Jena und Auerstädt von Preußen verloren wurde: „Man verhandelt im Hauptquartier des Feindes darüber, was man tun soll, aber man tut nichts!“ Diese Worte, die der Kaiser zu seinem Marschall Lannes sprach, sind die Erklärung für das vernichtende Maß der Niederlage, die ohnedem diesen Umfang nicht gewinnen konnte. Schon vor der eigentlichen Kriegserklärung schwankte man am preußischen Hof darüber, ob Krieg oder Frieden? Daß Napoleon, nachdem er Dresdens und Russland 1805 in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz besiegt, den Krieg mit Preußen wollte, war zweifellos. Trotzdem hoffte König Friedrich Wilhelm III. auf eine Verständigung. Trotzdem Napoleon in Süddeutschland eine schlagende Armee stellte, war die Mobilisierung der verbündeten Preußen und Sachsen nur eine teilweise, derartig verlaufen, man den Ernst. Bis zum 8. Oktober ließ Friedrich Wilhelm III. Napoleon noch Zeit, auf ein preußisches Ultimatum zu antworten, und schon am 10. Oktober fand das unglückliche Gesetz bei Saalfeld statt, in dem Prinz Louis Ferdinand von Preußen fiel. Wie rasch folgte dem das Drama von Jena und Auerstädt.

Die geschilderten Vorgänge des Jahres 1806 sind bekannt genug. Jena brachte einen vollen Zusammenbruch. Es war nicht bloß das Heer Preußens, das vertrat, nach ihm fiel die Verwaltung, und die Einzelheiten, in denen das Unglück jutete, waren in beiden Fällen vielfach schimpflich. So stellt sich die Geschichte des Jahres 1806, mit den Augen unserer Zeit angebesehen, dar; so haben sie auch schon mindestens die beiden letzten Generationen des 19. Jahrhunderts beurteilt.

Anders stellt sich die Betrachtung, lassen wir die Zeitgenossen des Jahres 1806 selbst zu Worte kommen. Gewiß, auch unter ihnen sprachen nicht wenige Verb von dem jäh verfallenen Staat Friedrichs des Großen; aber die Mehrzahl denkt anders; sie entschuldigt nicht einmal; sie findet im Grunde an dem Verlaufe wie dem Charakter der Ereignisse alles in Ordnung. Dieser Zweipunkt der Auffassung zeigt, daß es sich im Jahre 1806 nicht bloß um eine rein militärische und politische Niederlage handele. Was zu Grabe getragen wurde, war eine geraume Zeit, eine von der heutigen gänzlich verschiedene nationale Psyche, ein volles Zeitalter der deutschen Entwicklung, war die absolute Monarchie mit all ihrem drum und dran. Und die Folgen? Sie konnten nur in dem Siege der neuen, vorwärtsweisenden Grundprinzipien bestehen: des Bürgertums, der Demokratie im heutigen englischen Sinne dieses Wortes. Es ist die staatsmännische Größe des Freiherrn von Stein, dies weniger begriffen als innig gefühlt zu haben, es ist die sittliche Größe Friedrich Wilhelms III., diesem Juge der Dinge und dem Rote eines großen Mannes wenigstens einzige Zeit gefolgt zu sein. Was man dann auch erwarten sollte, das wäre der moderne deutsche Staat gewesen. Hat man ihn erreicht? Damals? Heute? Für die Vergangenheit wird sich leicht feststellen lassen, daß die Entwicklung dieses deutschen Staates durch die Einführung fremder, namentlich französischer Staatsideale gefährdet worden

ist; die ganze Lehre von der Teilung der Gewalten, noch mehr vom allgemeinen Wahlrecht, ist undeutsch. Für die Gegenwart mag jeder Leser die Antwort sich selbst überlegen.

Die Stimmung in Braunschweig.

Nach den bereits beiden Schreiben des Reichskanzlers an den braunschweigischen Regierungsrat konnte die jetzt bekanntgegebene ablehnende Antwort des Kaisers an den Herzog von Cumberland im Herzogtum kaum große Überraschung hervorruhen. Man hatte sich dort allgemein der Erwartung hingegessen, daß Herzog Ernst August einen entscheidenden Schritt zur Ausgleichung der von der Landesversammlung lebhaft vertragten Gegensätze zwischen seinem Hause und der Krone Preußens werde, und sieht sich in dieser Hoffnung jetzt geläuscht, da das Schreiben des Cumberlanders an den Kaiser die hannoversche Frage ganz und gar mit Stillschweigen übergeht. So schreibt die Braunschweigische Landeszeitung:

Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Herzog Ernst August von Cumberland hat in der braunschweigischen Thronfolgefrage stattgefunden. Der Herzog erklärt darin für seine und die Person seines ältesten Sohnes auf das Recht der Thronfolge in Braunschweig unter der Bedingung verzichten zu wollen, daß die Regierung des Herzogtums seinem jüngsten Sohne übertragen werde. Der Herzog sagt in seinem Schreiben aber kein Wort davon, daß er oder sein jüngster Sohn auf Hannover endgültig verzichtete. Infolgedessen konnte die Antwort unseres Kaisers nur im ablehnenden Sinne ausfallen. Der Kaiser mußte vielmehr betonen, daß auch nach dem Schreiben des Herzogs Ernst August die Sache genau dieselbe geblieben sei, wie sie im Jahre 1885 war, als der Bundesrat die Thronfolge des Herzogs von Cumberland in Braunschweig für unmöglich erklärte.

Die Antwort des Kaisers auf das Schreiben des Herzogs von Cumberland kann diejenigen nicht bestreiten, welche den Inhalt der Antwort des preußischen Ministers des auswärtigen Fürsten von Bülow an das braunschweigische Staatsministerium vom 3. M. noch in frischer Erinnerung hielten. In dieser Antwort war ausdrücklich hervorgehoben worden, daß eine Änderung in dem Zustande, welcher den Bundesratsbesluß vom 2. Juli 1885 veranlaßt hat, bisher nicht eingetreten sei mit anderen Worten, daß der Herzog bisher noch nicht in einer bedingungslosen Form seinen Anspruch auf Hannover aufgegeben und sich zur Wahrung des Friedens anstrengt gemacht habe; ferner daß unter keiner stillschweigenden Tuldung immer noch welfische Agitationen beständen, die sich in ihrem Endziel auf Hannover richten. Die preußische Regierung müßte es daher ablehnen, Schritte zur Aufhebung des Bundesratsbeschlusses zu tun, und sie würde auch einem begüßlichen Antrage im Bundesrat, der etwa von anderer Seite ausgeging, ihre Zustimmung versagen. Der vom Herzog von Cumberland an den Kaiser gerichtete Brief, dem man eine sehr verbindliche Form nicht abprechen kann, ist an demselben Tage in den Besitz des Kaisers gelangt, an dem die obige Antwort an das braunschweigische Staatsministerium ergibt sich aus der ganzen Schilderung, in der keine Silbe über die zukünftige Stellung des Herzogs zu Hannover und den in dem vorwärtsweisenden Schreiben berührten Bestrebungen der welfischen Partei enthalten ist. Daß ein Prinz der jüngeren Linie ohne diesen Verzicht und die bündigste Gewährleistung friedlichen